

Eingegangen im Sekretariat des Oberbürgermeisters 14.10.2022	
24635	Ru



CHEMNITZ
KULTURHAUPTSTADT
EUROPAS 2025

Beschlussantrag Nr. BA-057/2022

Einreicher:

Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU-Ratsfraktion, Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI, SPD-Fraktion

Gegenstand:

Einrichtung einer Fahrradstraße im Stadtteil Sonnenberg

Kostendeckungsvorschlag:
(Produktuntergruppe)

		Status	Beratungsergebnis		
Beratungsfolge (Beiräte, Ortschaftsräte, Ausschüsse, Stadtrat)	Sitzungs- termine	öffentlich/ nichtöffentlich	bestä- tigt	abge- lehnt	ohne Empfeh- lung
DOB	15.11.2022	nicht öffentlich			
Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität	29.11.2022	öffentlich			

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Einrichtung von Fahrradstraßen im Stadtteil Sonnenberg zu prüfen. Die Prüfung soll auch die Verwendung des Zusatzzeichens „Anlieger frei“ umfassen. Die Prüfung soll verschiedene Varianten umfassen – „Nord/Süd-Route“ (zwischen Heinrich-Schütz-Straße und Augustusburger Straße) und Ost/West-Route (Yorckstraße und Dresdner Straße). Anknüpfend an die „Ost/West-Route“ soll die Möglichkeit zur Anknüpfung an die Minna-Simon-Straße (Unterführung Hauptbahnhof) geprüft werden. Explizit wird für die „Nord/Süd-Route“ die Tschaikowskistraße vorgeschlagen, von der Kreuzung Jakobstraße im Süden bis zum Anschluss Lessingplatz im Norden.

i.A. Susann Mäder, i. A. René Mann, i. A. Anja Schale i. A. Stefan Kraatz
Unterschrift

Begründung:

Die Umwidmung von Straßen zu Fahrradstraßen ist ein bewährtes und kostengünstiges Mittel, den Radverkehr zu bündeln und die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Die Stadtverwaltung bestätigt in ihrer Stellungnahme zum Beschlussantrag Nr. BA-118/2020 zur Einrichtung von Fahrradstraßen (im Stadtteil Kaßberg): "Darüber hinaus erscheint nicht nur der Stadtteil Kaßberg geeignet, mit dem Instrument der Fahrradstraßen das Radverkehrsnetz auszuweiten." Es sind alternative Verkehrsführungen für den MIV gegeben. Es wird somit den Bedürfnissen aller Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer angemessen Rechnung getragen. Durch eine mögliche Neuregelung gehen keine Parkplätze für Anwohnerinnen und Anwohner verloren. Eine Trennung der Fahrtwege entlastet beide Verkehrsgruppen und erhöht die Sicherheit.

